



LETZTE NACHRICHTEN

Welt

Nachrichten in Kurzform

- Ukraine-Krise: Wirtschaftsminister Habeck ist der Ansicht, dass Deutschland diesen Winter einen Gasboykott überstehen könnte – Laut Insidern ist der Nato-Beitritt Schwedens und Finnlands beschlossene Sache – G-7 Außenminister beraten Ukraine Krieg bei Frühlingsfrische an der Ostsee (Weißenhof, Schleswig-Holstein) – Argentinien Präsident warnte davor, Russland aus G-20 auszuschließen – Ungarn hält Ölembargo weiter für nicht akzeptabel.
- Brüssel: Die EU erwägt Haushalte und Autofahrer zunächst von CO2 Preisen frei zu halten.
- Berlin : Kanzler Scholz fordert Fortschritte bei EU-Mercosur-Abkommen.
- Berlin: Finanzminister Lindner will ab dem Jahr 2023 eine andere Finanzpolitik umsetzen, die Schuldenbremse soll dann wieder eingeführt werden.
- ILO: Seit Beginn des Ukraine-Kriegs gingen in der Ukraine laut internationaler Arbeitsagentur knapp 5 Millionen Jobs verloren.
- London: Die britische Regierung spielt in der Nordirlandfrage weiter mit dem Vertragsbruch.

EUR

Argentinien als langfristiger Energiepartner?

Argentinien's Präsident Fernandez betonte gegenüber Kanzler Scholz dass Argentinien mit seinen Schiefergas-Vorkommen auch Deutschland beliefern wolle.

USD

Federal Budget mit höchstem Aktivsaldo der Historie, aber ...

Das Federal Budget setzte mit einem Aktivsaldo per April (Steuerzahlungsmonat) in Höhe von 308,0 Mrd. USD einen historischen Rekord in dieser Datenreihe, die uns bis 1997 vorliegt. Das Federal Budget stellt jedoch nur eine Teilmenge des öffentlichen Haushalts dar. Laut US-Treasury ergab sich in der Gesamtbilanz des öffentlichen Haushalts zwischen 31. März 2022 und dem 30. April 2022 lediglich ein Aktivsaldo von circa 27 Mrd. USD.

KOMMENTAR

[Fortgesetzte Belastung](#)

[Siehe Kommentar](#)

[Richtiger Fokus
Schauen wir mal ...](#)

[Negativ](#)

[Eigentlich unfassbar!](#)

[Perspektivisch interessant](#)

[Positiv](#)

TECHNIK UND BIAS

| | NEW YORK | | FAR EAST | | BIAS |
|---------|----------|----------|----------|----------|---------|
| EUR-USD | 1.0503 | - 1.0576 | 1.0509 | - 1.0529 | Negativ |
| EUR-JPY | 136.19 | - 137.71 | 136.11 | - 136.74 | Neutral |
| USD-JPY | 129.46 | - 130.81 | 129.52 | - 130.05 | Positiv |
| EUR-CHF | 1.0432 | - 1.0478 | 1.0451 | - 1.0474 | Negativ |
| EUR-GBP | 0.8526 | - 0.8593 | 0.8577 | - 0.8610 | Neutral |

DAX-BÖRSENAMEL

- **Aktuell**
- Ab 14.200 Punkten
- Ab 14.850 Punkten

MÄRKTE

| | | |
|--------------|-----------|---------|
| DAX | 13.828,64 | +293,90 |
| EURO STOXX50 | 3.575,80 | +3,71 |
| Dow Jones | 31.920,15 | -254,56 |
| Nikkei | 25.846,36 | -367,28 |
| CSI300 | 3.974,36 | -2,06 |
| S&P 500 | 3.935,18 | -65,87 |
| MSCI World | 2.652,58 | -24,65 |
| Brent | 106,36 | +2,06 |
| Gold | 1.850,70 | +12,00 |
| Silber | 21,37 | -0,13 |

TV-TERMINE



Aktuell keine Termine

Weiter Krisenmodus – Lindner: Worte versus Fakten – Fernandez in Berlin (FH)

Der Euro eröffnet heute gegenüber dem USD bei 1,0522 (06:00 Uhr), nachdem der Tiefstkurs der letzten 24 Handelsstunden bei 1,0503 im US-Geschäft markiert wurde. Der USD stellt sich gegenüber dem JPY auf 129,78. In der Folge notiert EUR-JPY bei 136,58. EUR-CHF oszilliert bei 1,0470.

Die Finanzmärkte sind weiter nervös und reagieren erratisch. Anstiege an Aktienmärkten, die bisher lediglich technische Korrekturen waren, wurden regelmäßig zügig abverkauft. Der USD ist gefragt. Gold und Silber stehen unter mildem Druck. Bitcoin verliert weiter und hat in dieser Krise massiv versagt. Auf USD-Basis sank Bitcoin seit dem 24. Februar von 36.100 auf jetzt 27.300 USD (circa -24%, Gold im identischen Zeitraum -5,0%, EUR/USD -7,0%, DAX -5,0%).

Aus Berlin meldete sich Finanzminister Lindner zu Wort. Ich begrüße, dass er eine stärkere Orientierung an den Nöten der Unternehmen plant. Hier geht es um den Kapitalstock (Lebensbaum), der Staat und Haushalte ernährt. Damit spielt man nicht, nein, man pflegt ihn! Die nächste Einlassung ist sachlich richtig. Der Staat müsse sich selbst mehr zurückhalten. Sollte die Ukraine Krise weiter eskalieren, ist das nichts als Wunschdenken. Die Schuldenbremse soll ab 2023 wieder eingehalten werden. Ich höre wohl die Worte. Eine Fortsetzung der aktuellen Außen- und Geopolitik steht dem entgegen. Seine Prioritäten seien, die Inflation zu dämpfen und die Produktivität zu steigern. Das sind gute Ziele, aber können die erreicht werden, wenn die LNG-Preise (sofern überhaupt Versorgungssicherheit hergestellt werden kann) den deutschen Wirtschaftsstandort erodieren? Wird dann hier noch investiert (Kapitalstock, Lebensbaum), da andere Länder bessere Konditionen anbieten können, insbesondere die Länder, die nicht sanktionieren (Discounts auf Weltmarktpreise)?

Bundeskanzler Scholz traf Argentinien's Präsident Fernandez in Berlin. Argentinien beteiligt sich nicht an den Sanktionen gegen Russland. Scholz warnte (auf welcher Rechtsbasis?), westliche Sanktionen gegen Russland zu umgehen. Fernandez bot an, Deutschland mit LNG-Gas beliefern zu können. Er warnte vor einer Debatte, Russland wegen des Angriffs auf die Ukraine aus der G-20 Gruppe auszuschließen. Er sagte, dass wir alle hören müssen, nicht nur die Nato, sondern die ganze Welt. Auch Indonesien, das derzeit den Vorsitz bei der G20 hat, lehnt einen Ausschluss Russlands ab. Bei genauerer Analyse ist der Westen isolierter, als es erscheint.



Folker Hellmeyer
040 8222 67 - 234
fhellmeyer@netfonds.de



Christian Buntrock
040 8222 67 - 304
cbuntrock@netfonds.de

EU: Ein Herz für Autofahrer und Haushalte

Private Haushalte und Autofahrer werden voraussichtlich vom Plan einer CO₂-Abgabe auf Benzin, Erdgas und Heizöl zunächst ausgenommen. Der Umwelt-Ausschuss des EU-Parlaments würde das Vorhaben der Kommission an verschiedenen Stellen entschärfen. Der EP-Ausschussvorsitzende sprach von einem schmerzhaften Kompromiss, den die große Mehrheit des Ausschusses unterstütze.

Die CO₂-Abgabe soll dann ab 2025 nur für Firmen greifen und frühestens ab 2029 auch private Haushalte erfassen. Auch würde die Abgabe nicht mehr als 50 Euro pro Tonne CO₂-Ausstoß betragen.

Kommentar: Hier lassen sich zwei Dinge manifestieren. Das in den letzten Jahren medial und politisch sehr „heiß gekochte“ Klimathema wird erkennbar abgekühlt. Die Folgen der EU-Außenpolitik, die zu realen Wohlstandsverlusten und partiell zu Verarmungstendenzen innerhalb der EU, aber auch außerhalb der EU (UK: Zahl der Haushalte mit mangelnder Ernährungssicherheit von 12% auf 17% gestiegen) führt, animiert die Verantwortlichen in der EU, diese zusätzlichen Belastungen nicht auch noch zu forcieren, zumindest nicht auf kurze Sicht.

Zum Hintergrund:

Der CO₂-Preis für Verkehr und Gebäude ist Element des Fit-for-55-Pakets der Europäischen Kommission mit dem die Klimaziele für 2030 erreicht werden sollte. Osteuropa wehrte sich hinsichtlich der eigenen Strukturen (Energie) von Beginn an gegen dieses Projekt. Mit den Einnahmen aus der Bepreisung von CO₂ soll unter anderem ein Sozial-Fonds gespeist werden, der ärmeren Menschen bei Heiz- und Fahrtkosten unterstützen soll. Ergo sollen damit die Leistungsträger der europäischen Ökonomie die maßgeblichen Kosten tragen.

Deutschland hat ein ähnliches Modell eingeführt und wollte es ab 2026 mit dem EU-Plan verschmelzen. Derzeit beträgt die Abgabe 30 Euro pro Tonne CO₂, was den Benzinpreis um rund zehn Cent verteuert. Die Abgabe soll jährlich steigen und 2026 mindestens 55 Euro und höchsten 65 Euro betragen.

Internationale Wirtschaft: Europa global zusehends im Abseits

Zurück zum Besuch des Präsidenten Argentiniens in Berlin. Bundeskanzler Olaf Scholz fordert Fortschritte beim EU-Lateinamerika-Freihandelsabkommen Mercosur (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay). Argentiniens Präsident Fernandez erwiderte, es wäre im Interesse beider Regionen, das Handelsabkommen abzuschließen. So weit, so gut!

Wo liegt das Problem? Scholz insistierte, dass das Abkommen verbindliche Verpflichtungen von Standards im Umwelt- und Sozialbereich und bei den Menschenrechten sowie einen Schutz der Waldflächen in Südamerika vorsehen sollte. Fernandez erwiderte, dass dafür der Protektionismus einiger EU-Staaten überwunden werden müsste.

Der Freihandelsvertrag kam bisher nicht zustande, weil Frankreich das von der EU 2019 erfolgreich verhandelte Abkommen blockierte. Frankreich hatte und hat Bedenken, da es steigende südamerikanische Agrarexporte nach Europa befürchtet. In Deutschland baute sich Widerstand auf, weil Umweltgruppen negative Folgen für Wälder und Klima fürchteten.

Kommentar: In Asien wurde RECEP umgesetzt, das größte Freihandelsabkommen der Welt. Dieses Abkommen regelt Freihandel, weitgehend ohne in die Innenpolitik der teilnehmenden Länder einzugreifen. Der Westen baut Mauern zu Russland (unverzichtbarer Rohstofflieferant global) und die USA führen Wirtschafts- und Finanzkrieg gegen China (größte Volkswirtschaft der Welt Basis Kaufkraftparität) und ist bemüht, Europa auch in diesen Konflikt zu führen.

Europa will nur Freihandeln, wenn unsere Standards umgesetzt werden. Das ist verständlich, aber ist es vor dem internationalen Hintergrund durchsetzbar? Das Risiko einer Marginalisierung Europas auf der globalen Wirtschaftsbühne wächst erheblich.

Datenpotpourri der letzten 24 Handelsstunden:

Eurozone: Keine neuen Erkenntnisse

Laut finaler Berechnung stiegen die deutschen Verbraucherpreise per April im Monatsvergleich um 0,8% und im Jahresvergleich um 7,4%. Das entsprach den Prognosen.

Die Arbeitslosenrate Portugals sank im 1. Quartal 2022 von zuvor 6,30% auf 5,90% und markierte den tiefsten Stand seit dem 2. Quartal 2020 (5,60%).

USA: Federal Budget setzt positiven Rekord

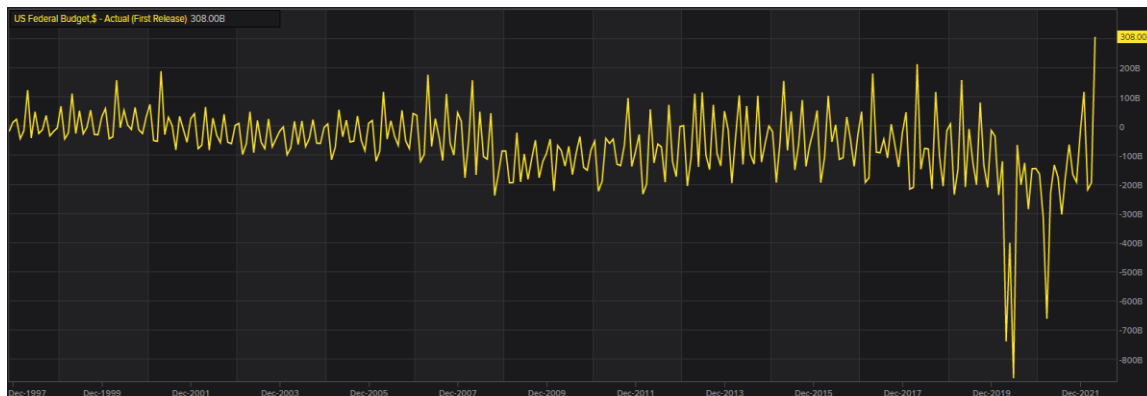
Der Hypothekenmarktindex stieg in der Berichtswoche per 6. Mai von zuvor 351,8 auf 358,9 Zähler. Seit Februar 2021 kam es zu einem Rückgang unter Schwankungen ausgehend von 981 Punkten. In der Vorwoche wurde der niedrigste Wert seit Januar 2019 ausgewiesen.

Die US-Verbraucherpreise verzeichneten per April im Monatsvergleich einen Anstieg um 0,3% (Prognose 0,2%) nach zuvor 1,2%. Im Jahresvergleich ergab sich eine Zunahme um 8,3% (Prognose 8,1%) nach zuvor 8,5%.

Die Kernrate der Verbraucherpreise legte per April um 0,6% (Prognose 0,4%) nach zuvor 0,3% zu. Im Jahresvergleich übersetzte sich das in einen Anstieg um 6,2% (Prognose 6,0%) nach zuvor 6,5%.

Die realen Wochenlöhne waren per Berichtsmonat April im Monatsvergleich unverändert nach zuvor -1,0% (revidiert von -1,1%).

Das Federal Budget setzte mit einem Aktivsaldo per April (Steuerzahlungsmonat) in Höhe von 308,0 Mrd. USD einen historischen Rekord in dieser Datenreihe, die uns bis 1997 vorliegt.



© Reuters

Das Federal Budget stellt jedoch nur eine Teilmenge des öffentlichen Haushalts dar. Laut US-Treasury ergab sich in der Gesamtbilanz des öffentlichen Haushalts zwischen 31. März 2022 und dem 30. April 2022 lediglich ein Aktivsaldo von circa 27 Mrd. USD.

Zusammenfassend ergibt sich ein Szenario, das den USD gegenüber dem EUR favorisiert. Ein Überschreiten des Widerstandsniveaus bei 1.0950 – 1.0980 neutralisiert den positiven Bias des USD.

Viel Erfolg!



| LAND | TITEL | DATUM | ZULETZT | KONSENSUS | ZEIT | BEWERTUNG | BEDEUTUNG |
|------------|-----------------------------------|--------|-------------|-------------|-------|---|-----------|
| GBP | BIP, vorläufige Berechnung (Q/J) | 1. Q. | 1,3%/6,6% | 1,0%/9,0% | 08.00 | Anstieg erwartet. | Mittel |
| | Handelsbilanz | März | -20,59 Mrd. | -18,50 Mrd. | 08.00 | Seit Dezember historisch hohe Defizite. | Mittel |
| USD | Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe | 7. Mai | 200.000 | 195.000 | 14.30 | Bekannte Niveaus. | Gering |
| USD | Erzeugerpreise (M/J) | April | 1,4%/11,2% | 0,5%/10,7% | 14.30 | Zarte Entspannung? | Mittel |



Disclaimer

Wichtige Hinweise

Der Hellmeyer Report ist eine unverbindliche Marketingmitteilung der Netfonds AG, die sich ausschließlich an in Deutschland ansässige Empfänger richtet. Er stellt weder eine konkrete Anlageempfehlung dar noch kommt durch seine Ausgabe oder Entgegennahme ein Auskunfts- oder Beratungsvertrag gleich welcher Art zwischen der Netfonds AG und dem jeweiligen Empfänger zustande.

Die im Hellmeyer Report wiedergegebenen Informationen stammen aus Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität wir jedoch keine Gewähr oder Haftung übernehmen können. Soweit auf Basis solcher Informationen im Hellmeyer Report Einschätzungen, Statements, Meinungen oder Prognosen abgegeben werden, handelt es sich jeweils lediglich um die persönliche und unverbindliche Auffassung der Verfasser des Hellmeyer Reports, die in dem Hellmeyer Report als Ansprechpartner benannt werden.

Die im Hellmeyer Report genannten Kennzahlen und Entwicklungen der Vergangenheit sind keine verlässlichen Indikatoren für zukünftige Entwicklungen, sodass sich insbesondere darauf gestützte Prognosen im Nachhinein als unzutreffend erweisen können. Der Hellmeyer Report kann zudem naturgemäß die individuellen Anlage- möglichkeiten, -strategien und -ziele seiner Empfänger nicht berücksichtigen und enthält dementsprechend keine Aussagen darüber, wie sein Inhalt in Bezug auf die persönliche Situation des jeweiligen Empfängers zu würdigen ist. Soweit im Hellmeyer Report Angaben zu oder in Fremdwährungen gemacht werden, ist bei der Würdigung solcher Angaben durch den Empfänger zudem stets auch das Wechselkursrisiko zu beachten.

IMPRESSUM

Netfonds Gruppe 

Heidenkampsweg 73
20097 Hamburg

Tel: +49 (0) 40 8222 67 - 0
Fax: +49 (0) 40 8222 67 - 100
E-Mail: info@netfonds.de
Website: netfonds.de

Vorstand: Martin Steinmeyer (Vors.), Peer Reichelt, Oliver Kieper, Dietgar Völzke

Aufsichtsratsvors.: Klaus Schwantge

Registergericht: Registergericht: AG Hamburg, HRB-Nr. 12080
Ust.-Id.Nr.: Ust.-Id.Nr.: DE 209983608